

Protestaktion vor den Parteizentralen von FDP und SPD: „FDP-Irrfahrt beim EU-Lieferkettengesetz stoppen!“

Mit einer Protestaktion vor den rheinland-pfälzischen Parteizentralen der FDP und SPD in Mainz haben am 1. Februar 2024 Vertreter*innen der Initiative Lieferkettengesetz die FDP sowie Bundeskanzler Olaf Scholz deutlich aufgefordert, dem EU-Lieferkettengesetz zuzustimmen. Die Zeit drängt, denn bereits am kommenden Montag, 5. Februar, wird über die finale deutsche Position für das EU-Gesetzgebungsverfahren entschieden. Die Verabschiedung des lange verhandelten Gesetzes ist dringend nötig, um Menschenrechte zu schützen und Umweltstandards zu sichern. Seit Mitte Januar 2024 blockiert die FDP die Zustimmung Deutschlands.

Etwa 30 Vertreterinnen und Vertreter der 120 Mitgliedsorganisationen der Initiative Lieferkettengesetz haben am Nachmittag des 1. Februar vor den Parteizentralen der Landesverbände von FDP und SPD gefordert, das EU-Lieferkettengesetz nun endlich auf den Weg zu bringen. Als FDP-Minister verkleidete Teilnehmende der Kundgebung fuhren auf sogenannten Lobby-Cars; ein als Bundeskanzler verkleideter Teilnehmer stellte sich ihnen mit einem großen Stopp-Schild entgegen. Mit dieser Szene forderte die Initiative Lieferkettengesetz die Bundesregierung auf, für das verhandelte EU-Lieferkettengesetz im Rat der Europäischen Union zu votieren.

Die FDP war mit Justizminister Marco Buschmann am zwei Jahre währenden Gesetzesprozess aktiv beteiligt und hat mit dem liberalen Parteienbündnis im Europaparlament dem Gesetzesentwurf zugestimmt. Mitte Januar hat die FDP jedoch angekündigt, das Gesetz zu blockieren. Dies kam sehr überraschend. Bis dahin wurde die Zustimmung der Bundesregierung als reine Formalie angesehen. Sollte sich die Bundesregierung bei der Abstimmung im Rat enthalten, stünde die Inkraftsetzung des EU-Lieferkettengesetzes in Frage.

Bei der Kundgebung machte Hanna Fuhrbach von Fridays for Future Neustadt deutlich, dass viele Unternehmen das Lieferkettengesetz befürworten: „Die Blockade der FDP ist ein Wahlkampfmanöver und ein Einlenken in die Proteste weniger mächtiger Unternehmen. Denn nur sieben Prozent der Betriebe lehnt es ab, Menschenrechte und Umweltstandards in der Lieferkette zu respektieren. Einige arbeiten schon jetzt daran und fordern explizit strengere Richtlinien. Ein Rückzug des Gesetzes wäre eine Katastrophe für alle Betroffenen von Ausbeutung in den Lieferketten. Eine Partei, die sich Menschenrechte auf die Fahne schreibt, sollte auch für ihre Durchsetzung stimmen.“

Stephanie Seeger vom Weltladen-Dachverband appellierte an Bundeskanzler Scholz: „Der kurzfristige Rückzieher der FDP stellt die Glaubwürdigkeit Deutschlands in der EU in Frage. Es liegt jetzt an Bundeskanzler Olaf Scholz, dies zu verhindern und das EU-Lieferkettengesetz zu verteidigen. Jetzt ist es an ihm, Haltung zu zeigen.“ Im Anschluss gaben die Teilnehmenden diese Botschaft der SPD-Landesgeschäftsführerin Daniela Hohmann und dem SPD-Pressesprecher Matthias Schmidt im persönlichen Gespräch mit. Sie sicherten zu, die Anliegen der Demonstrierenden an die Bundes-SPD weiterzugeben.

Die Teilnehmenden unterstützten die Kundgebung mit ihren Rufen: „Was wir gerne hätten, sind faire Lieferketten“.

Das EU-Lieferkettengesetz hat zum Ziel, Menschenrechte und Klimaschutz in der unternehmerischen Praxis sicherzustellen. So müssen große Unternehmen einen Plan vorweisen, der sicherstellt, dass ihre Geschäftstätigkeit mit dem Pariser Abkommen zum Klimawandel vereinbar ist. Auch sollen

große Unternehmen zukünftig in Verantwortung genommen werden können, wenn sie von Kinder- oder Zwangsarbeit außerhalb der EU profitieren.

Die Initiative Lieferkettengesetz wird getragen von:

Amnesty International Deutschland, Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl), Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Christliche Initiative Romero e.V. (CIR), CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), FEMNET e.V., Forum Fairer Handel e.V., Germanwatch e.V., Greenpeace e.V., INKOTA-netzwerk e.V., Bischöfliches Hilfswerk Misereor e.V., Oxfam Deutschland e.V., SÜDWIND e.V., ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, WEED - Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Weltladen-Dachverband e.V., Werkstatt Ökonomie e.V.

Neben den 20 Trägerorganisationen unterstützen weitere 120 Organisationen das Bündnis, darunter Bistümer und Landeskirchen.

Ein Foto der Aktion finden Sie im Anhang.

Weiterführende Informationen:

- Briefing [„Glaubwürdigkeit über Bord: Die Kehrtwende der FDP beim EU-Lieferkettengesetz“](#) der Initiative Lieferkettengesetz
- [Präsidiumsbeschluss der FDP zum EU-Lieferkettengesetz](#) vom 15.01.2024
- [Einigung von Europäischem Rat und Parlament](#) auf einen Kompromiss zum EU-Lieferkettengesetz vom 14.12.2023

Kontakt:

Christoph Fuhrbach, Referat Weltkirche, Bistum Speyer Tel.: 06321 354383, E-Mail: christoph.fuhrbach@bistum-speyer.de

Hanna Fuhrbach, Fridays for Future Neustadt, Tel.: 0176 45863762

Stephanie Seeger, Weltladen-Dachverband, Mainz, Tel.: 06131 68907-88

Sibylle Wiesemann, Umweltbeauftragte der Ev. Kirche der Pfalz, Tel.: 0151 40122671